Kriegswaffen zugrunde liegenden Genehmigungsdaten, Güterbeschreibungen und Stückzahlen sowie tatsächliche Ausfuhren sonstiger Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter werden vom Statistischen Bundesamt nicht erfasst. Auf dieser Grundlage ist daher die hier erbetene Aufschlüsselung nicht möglich.

29. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für welche Komponenten, die zur Verwendung oder zum Einbau in militärische US-Drohnen bestimmt waren bzw. sind, hat die Bundesregierung seit 2014 Genehmigungen für den Export in die USA erteilt (bitte die exakte Bezeichnung des Drohnentyps, z. B. MQ-1 Predator, angeben)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nußbaum vom 7. November 2018

Die Bundesregierung hat seit 2014 Genehmigungen für die Ausfuhr von Gütern der Ausfuhrlistenpositionen A0010C, A0010D, A0011A, A0021A und A0022A in die USA zur Verwendung oder zum Einbau in Drohnen erteilt.

Die Bundesregierung folgt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 (BVerfGE 137, 185) und unterrichtet über abschließende positive Genehmigungsentscheidungen sowie die Eckdaten eines Ausfuhrgeschäfts, d. h. Art und Anzahl der Rüstungsgüter, das Empfängerland und das Gesamtvolumen. Die Bundesregierung sieht gemäß dem Urteil von weitergehenden Ausführungen ab.

30. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Zeitplan hat die Bundesregierung für das Geologiedatengesetz (GeolDG) nach aktuellem Stand vorgesehen (bitte mit terminlicher Angabe aller Meilensteine wie Referentenentwurf, Länder- und Verbändeanhörung, erste Kabinettbefassung, Kabinettbeschluss, Einbringung in Bundestag und Bundesrat, soweit schon terminlich avisiert, angeben), und verfolgt die Bundesregierung die Absicht, mit den die Standortauswahl für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle betreffenden Regelungen des Geologiedatengesetzes die für die Standortauswahl benötigte Nachvollziehbarkeit/Transparenz hinsichtlich geologischer Daten sicherzustellen?

Antwort der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß vom 6. November 2018

Zu dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie erarbeiteten Arbeitsentwurf gibt es insbesondere zur Klassifizierung geologischer Daten, der inhaltlichen Reichweite der öffentlichen Verfügbarkeit der Daten sowie zum verfahrensrechtlichen Konzept noch Klärungsbedarf zwischen den unmittelbar betroffenen Bundesressorts. Ein Referentenentwurf wird daher erst Ende dieses Jahres vorliegen und die Ressortabstimmung danach zügig eingeleitet. Das Gesetz soll unter anderem die